

Ä1 By2020WeRiseUp - Klimagerechtigkeit jetzt!

Antragsteller*in: Luis Höhne

Änderungsantrag zu A1

Von Zeile 268 bis 269 einfügen:

Neubauten. Langfristig sollen alle Häuser auf denen dies möglich ist, Solarpaneel auf ihrem Dach haben. Um dies realisieren zu können, muss das Land Berlin Solaranlagen stärker finanziell fördern.

Begründung

Die kürzlich vom Senat beschlossene Förderung für Solarmodule liegt bei 300 € pro Kilowattstunde und maximal 15.000 € pro Modul.

Das ist zwar schonmal ein guter Anfang, aber noch nicht genug!

Um es finanziell einfacher zu machen und so einen echten Effekt auf die Anzahl der Solarmodule in Berlin zu haben, muss diese Förderung allerdings immer weiter steigen.

Ä2 By2020WeRiseUp - Klimagerechtigkeit jetzt!

Antragsteller*in: Luis Höhne

Änderungsantrag zu A1

Von Zeile 477 bis 479:

~~Darüber hinaus fordern wir das Fach Klimagerechtigkeit. Es muss sich in der Schule mit den Themen nachhaltige Entwicklung, Klimagerechtigkeit, Klimawandel und Umweltschutz ausgiebig befassen werden!~~

Darüber hinaus fordern wir eine massive Stärkung des Themas im Rahmen der Fächer Biologie, Geografie und Politische Bildung und zwar über alle Schulformen und Jahrgangsstufen hinweg. Die Auseinandersetzung mit dem Klimawandel darf nicht den Schüler*innen aus höheren gesellschaftlichen Schichten vorbehalten bleiben.

Von Zeile 483 bis 484:

Da in Berlin nur zehn Jahre Schulpflicht besteht, darf ~~dieses Fach~~ das Thema Klimaschutz nicht lediglich ~~als Wahlpflichtkurs~~ in Wahlpflichtkursen ab der elften Klasse angeboten werden.

Von Zeile 488 bis 489:

Spätestens ab der Oberschule sollte dieses ~~Fach~~ Thema Pflicht sein, damit allen Schüler*innen die Fakten unserer aktuellen Lage bewusst ~~ist~~ sind.

In Zeile 534 löschen:

~~••das Fach Umwelt- und Klimaschutz~~

Begründung

erfolgt mündlich

Ä3 By2020WeRiseUp - Klimagerechtigkeit jetzt!

Antragsteller*in: Alexander Kräß

Änderungsantrag zu A1

Von Zeile 150 bis 151 einfügen:

Ausweitung der Bussflotte, die Verwendung von alternativen Antrieben, wie Wasserstoff, oder die Förderung von Oberleitungsbussen geprüft werden.

Eine Förderung des ÖPNV muss aber auch eine Abkehr vom stadtzentrumszentrierten Personennahverkehrs bedeuten. – Mobilität kann ohne Autos nur funktionieren, wenn man nicht nur Verbindungen zwischen den Bezirken und dem Zentrum schafft, sondern auch die Verbindungen zwischen und insbesondere innerhalb der Bezirke verbessert.

Hierbei müssen vor allem die alltäglichen Bedürfnisse der Menschen im Fokus stehen und besonders soziale Einrichtungen (wie beispielsweise Schulen und Kitas) im Zentrum der Verkehrsplanung stehen.

Aktuell wird der öffentliche Personennahverkehr in Berlin zwischen Bezirken meistens über das Stadtzentrum geleitet. – Dies manifestiert sich insbesondere bei den Nachtbusverbindungen, welche aus einfachen Verbindungen zwischen den Außenbezirken Zickzack-Umwege durch die Innenstadt machen. Dies ist nicht zumutbar und nicht im Sinne eines attraktiven ÖPNV. Verkehr muss dezentraler und praktischer gedacht werden.

Gerade da Berlin eine sehr lebendige Stadt ist, bei der insbesondere aufgrund der angespannten Wohnungslage immer mehr Menschen in Rand- und Außenbezirke ziehen, ist eine bessere Anbindung dieser Gebiete mit dem ÖPNV von zentraler Bedeutung, um zu vermeiden, dass Menschen aufgrund von langer Strecke und unzureichender ÖPNV-Anbindung auf das Auto umsteigen.

Wir fordern deshalb, dass (ähnlich wie bei der Ringbahn) auch zwischen den Außenbezirke direktere, dezentrale Verbindungen geschaffen werden. Hierbei soll auch die Schaffung eines Straßenbahn-Rings in den Rand- und Außenbezirken geprüft werden.

Zusätzlich fordern wir die Schaffung von mehr dezentralen Nachtbusverbindungen in den Rand- und Außenbezirken, um allen Berliner*innen und insbesondere jungen Menschen eine gute Mobilität zu ermöglichen.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Ä4 By2020WeRiseUp - Klimagerechtigkeit jetzt!

Antragsteller*in: Alexander Kräß

Änderungsantrag zu A1

Von Zeile 114 bis 115 einfügen:

Verteuerung von Parkfläche. Außerdem sollen nach und nach immer mehr Straßen für Autos gesperrt werden und zu reinen Fahrradstraßen umgewandelt werden.

Die Tatsache, dass für die Nutzung des ÖPNV aktuell monatliche Gebühren anfallen, die Nutzung von Autos jedoch durch Anwohner*innenparkausweise als unsoziales, flächenfressendes Verkehrsmittel subventioniert wird, ist nicht hinnehmbar. - Deshalb fordern wir, dass bis zur kompletten Realisierung der autofreien Stadt auf Anwohner*innenparkausweise monatliche Gebühren entfallen. Im Sinne einer gerechten Flächenverteilung in der Stadt sollten diese sich an der Fläche der Autos und dem Berliner Mietspiegel orientieren.

Begründung

Die Mobilitätsfrage ist in Städten eine Frage der sozialen Gerechtigkeit und der Verteilung der Fläche im öffentlichen Raum. Während weniger als jeder zweite Haushalt in Berlin ein Auto hat[1], nimmt dieses Verkehrsmittel den Hauptteil der öffentlichen Fläche in Berlin ein.

Auch wenn es aktuell bereits Anwohner*innenparkausweise gibt, entfällt auf diese nur eine einmalige Gebühr von 20,40€ [2]. Somit kann man sich für 20€ zwei Jahre lang einen kostenlosen Parkplatz sichern während andere Menschen monatliche Gebühren auf ein gemeinschaftliches Verkehrsmittel abgeben müssen. Das ist nicht nur umweltschädlich, sondern auch asozial.

Da Autos nicht nur viel Platz einnehmen, sondern auch durch die Beliebtheit von SUVs immer MEHR Platz einnehmen, muss etwas gegen diese ungleiche Flächenverteilung unternommen werden. Da der Flächenaufwand von Parkplätzen oft zu Lasten der Gesellschaft geht (an gleicher Stelle könnten Wohnungen oder Parkanlagen sein), ist bis zur vollständigen Abschaffung des Autoverkehrs in der Stadt eine Abgabe auf Autoparkplätze eine Notwendigkeit.

Gerade da die kostenlosen, flächenfressenden Parkplätze im Widerspruch zum durch Platzmangel und Spekulationen gezeichneten Berliner Wohnungsmarkt stehen, scheint es nur logisch, für die Autoflächen den Berliner Mietspiegel anzuwenden. Bei einer durchschnittlichen SUV-Größe von 5m x 2m (also 10 qm) [3] und einem Mietspiegel von durchschnittlich 6,71€ [4] würde dies eine monatliche Abgabe von knapp 70€ im Monat bedeuten.

[1] <https://www.tagesspiegel.de/berlin/co2-emissionen-in-der-hauptstadt-das-ist-die-berliner-luft/25034814.html>

[2] <https://service.berlin.de/dienstleistung/121721/>

[3] Ferdinand Dudenhöffer, Die Autobranche wird umgepolt, LeibnizInformationszentrum Wirtschaft, 2019, <https://link.springer.com/content/pdf/10.1007%2Fs10273-019-2475-z.pdf>

[4] <https://www.morgenpost.de/berlin/article217337363/Mietspiegel-2019-Berlin-Miete-Wohnen-Vergleichsmiete-Mieterhoehung.html>

Ä5 By2020WeRiseUp - Klimagerechtigkeit jetzt!

Antragsteller*in: Jun Chen

Änderungsantrag zu A1

Von Zeile 106 bis 132:

~~Das vom Auto ein sehr großer Teil, der in der Stadt verfügbaren Fläche eingenommen wird und dies immer noch z.B. durch (fast) kostenlose Anwohner*innenparkausweise oder billige Parkgebühren stark subventioniert wird, ist nicht hinnehmbar! Damit Berlin seine Klimaziele einhalten kann, müssen wir endlich weg vom motorisierten Individualverkehr! Daher fordert die Grüne Jugend Berlin eine autofreie Innenstadt bis 2025.~~

~~Anfangs könnte der Berliner Senat auf Anreize setzen, das Auto stehen zu lassen. Wir unterstützen Maßnahmen, wie die künstliche Verknappung und Verteuerung von Parkfläche. Außerdem sollen nach und nach immer mehr Straßen für Autos gesperrt werden und zu reinen Fahrradstraßen umgewandelt werden.~~

~~Bis 2030 soll Berlin dann komplett autofrei sein. Um diese drastische Umstellung sozial gerecht zu gestalten, sollen Carsharing-Angebote mit Elektro- und Wasserstoffautos auf die Außenbezirke ausgeweitet werden. Für Menschen, die nach Berlin pendeln, soll es große Parkplatzanlagen am Rand der Stadt geben. Alle Autofahrer*innen, die ihr Auto dort abstellen, sollen mit einem kostenlosen ÖPNV Ticket belohnt werden. Die Fahrräte[1] der einzelnen Bezirke sollen lokal weitere Konzepte erarbeiten, die die ökologische Weiterfahrt von den Parkplätzen am Stadtrand ermöglichen.~~

~~Durch die autofreie Stadt werden einerseits große Mengen Co2 eingespart und andererseits verbessert sich die Lebensqualität enorm – Weniger Lärm, Feinstaub und Abgase[2]. Der, durch Parkfläche und Straßen, frei werdende Platz soll für breitere Fahrradwege genutzt oder alternativ entsiegelt, begrünt und dann als Begegnungsfläche im Kiez gebraucht werden. Nur so kann die öffentliche Fläche in der Stadt endlich fair von allen Berliner*innen in gleichem Maße genutzt werden und wird nicht von einem kleinen, privilegierten Teil, der ein Auto hat, dominiert. Autos nehmen momentan überproportional viel Platz im Stadtbild ein und drängen alle anderen Verkehrsteilnehmer*innen stark am Rand.~~

Da Berlin für die Masse an Verkehr nicht konzipiert und geplant wurde, müssen, um im Zuge einer wachsenden Stadt weiterhin die Ver- und Entsorgung sowie die Sicherheit (Zufahrtswege für Polizei, Feuerwehr und Krankenwagen) gewährleisten zu können, die Flächen im öffentlichen Straßenraum effektiver und effizienter genutzt werden. Aufgrund der jahrelangen Deinvestitionspolitik im Verkehr ist ein hoher Sanierungs- und Instandsetzungstau für zahlreiche Straßen und Brücken entstanden. Staus gehören bereits jetzt zum Alltag - um im Rahmen kommender Baumaßnahmen Verkehrsinfarkte zu vermeiden, ist die Verkehrswende (weg vom Motorisierten Individualverkehr) essentiell für eine funktionierende Stadt!

Um die Flächen, insbesondere im ruhenden Verkehr, zu aktivieren, sollen die Parkgebühren angehoben, die Parkraumbewirtschaftung ausgeweitet und deren Parkzeiten verlängert werden. Umwidmungen von öffentlichen Parkplätzen sollen nach dem Kopenhagener Modell zugunsten von Carsharing-Parkplätzen, Ladestationen für E-Autos oder Fahrradabstellplätzen kontinuierlich und bedarfsgerecht vorgenommen werden – eine prozentuale Zielvorgabe ist anhand der neuen Nutzung und den räumlichen Gegebenheiten in den jeweiligen Bezirken auszumachen, durchschnittlich sollen aber jährlich mind. 5% der öffentlichen Parkplatzflächen umgestaltet bzw. umgewidmet werden.

Von Zeile 212 bis 213 löschen:

- ~~Berlin autofrei bis 2030~~
- ~~Kein Privatbesitz von Autos in Städten~~

Ä6 By2020WeRiseUp - Klimagerechtigkeit jetzt!

Antragsteller*in: Jun Chen

Änderungsantrag zu A1

Von Zeile 514 bis 520:

Um den Kindern und Jugendlichen eine gesunde und ausgewogene Ernährung zu gewährleisten und gleichzeitig den Belangen des Klimaschutzes Rechnung zu tragen, sollen die Cafeterien/Mensen an allen öffentlichen Bildungseinrichtungen bei der Auswahl der Lebensmittel folgende Kriterien berücksichtigen:

- Bio
- regional
- saisonal
- Fair-Trade

~~Da das Thema Ernährung einen wichtiger Faktor bei der Emissionsminimierung darstellt, muss auch hier in den Schulen ein neuer Maßstab gesetzt werden. Wir fordern, dass das Mensa und Cafeteria Essen an Schulen, Kindergärten und Universitäten 100% Bio ist und hauptsächlich aus regionalem Anbau stammt. Zudem soll das Angebot ausschließlich vegetarisch und vegan sein.~~ Vergabeverfahren an die Caterer/Zulieferdienste sollen sich ebenfalls an den Kriterien orientieren. Verbote von Fleisch bzw. die Einschränkung des Angebots auf ausschließlich vegetarisch und vegan sollen vermieden werden, da die Lenkungswirkung zur Minimierung des CO2-Ausstoßes im Falle einer geringen Akzeptanz verfehlt werden kann und nur die Spaltung der Gesellschaft vorantreibt.

Begründung

Die Einschränkung des Fleischangebots muss nicht zwangsläufig zum Rücklauf des Fleischkonsums führen.

Ä7 By2020WeRiseUp - Klimagerechtigkeit jetzt!

Antragsteller*in: Jun Chen

Änderungsantrag zu A1

Von Zeile 319 bis 323 löschen:

~~Aufgrund von heute schon steigenden Temperaturen, müssen in Berlin aktiv Hitzeinseln vorgebeugt werden. Dafür müssen Gebäudefassaden müssen bepflanzt werden, um sowohl die Stadt grüner zu machen als auch ein beständiges Klima zu sichern. Sollte eine Dach- und Fassadenbegrünung nicht möglich sein, muss die Fläche möglichst hell sein, damit die Hitze sich nicht in der Stadt sammelt.~~

In Zeile 333:

- ~~• Fassaden- und Dachbegrünung auf sämtlichen Gebäuden~~

~~• •~~

Von Zeile 335 bis 385 löschen:

~~Begrünt die Stadt!~~

~~Mit dem Leben in der Großstadt verbinden viele Leute grauen Asphalt, Hochhäuser und große steinerne Plätze. Doch Berlin ist viel mehr als das! Die Bäume an jeder Straße, die vielen Parks und kleinen Wiesen gehören untrennbar zu unserem Stadtbild dazu. Die meisten Bewohner*innen suchen in diesen grünen Oasen Erholung und Entschleunigung. Sie bieten Tieren einen Lebensraum in der Stadt und schaffen saubere Luft, Abkühlung und einen effektiven Schutz vor Überflutungen der Straßen.~~

~~Deshalb heißt es: Erhalten und Erweitern. Wir müssen uns einerseits um die bestehenden Grünflächen kümmern und andererseits dafür sorgen, dass es noch mehr von ihnen gibt.~~

~~Zur Erhaltung der Grünflächen braucht es eine gute Pflege und Achtsamkeit für die Natur. Der Hitzesommer 2019 hat uns die Dringlichkeit vor Augen geführt, mit der sich besonders im Sommer um die Bäume und Pflanzen gekümmert werden muss. Viel zu oft sah es nämlich im Juli schon aus als wäre es September: Viele Bäume warfen wegen Wassermangels ihre Blätter ab. Um dies in den nächsten Jahren zu verhindern, gesunde Bäume zu erhalten und kranke Bäume durch neue zu ersetzen braucht es ein gut ausgestattetes Grünflächenamt.~~

~~Die Grüne Jugend Berlin fordert deshalb, die Mittel und Personalien des Amtes auszuweiten und ein allgemeines Berliner Baumpflanzprogramm zu schaffen. Zusätzlich sollten Ansätze der Berliner*innen, die Urban Gardening betreiben oder sich um den Baum vor ihrer Tür kümmern, unterstützt werden. Auch sollte bei der Grünflächenplanung immer die Biodiversität mitbedacht werden: Es ist wichtig, möglichst insektenfreundliche Pflanzenarten und möglichst diverse Baumarten zu verwenden.~~

~~Durch die vermehrte Nutzung von Terra preta (durch Holzkohle angereicherter Humus) kann zudem CO2 vermehrt im Boden gebunden werden und zudem die Fruchtbarkeit der Berliner Grünflächen gesteigert werden. Wir fordern deshalb einen verstärkten Einsatz von Terra preta im Berliner Stadtgrün.~~

~~Doch die bestehenden Grünflächen sind alleine nicht genug. Es braucht eine großflächige Entsiegelung innerhalb von Berlin: Viel zu viele Innenhöfe, brach liegende Industrieflächen und Plätze sind zu betonierte und so für Tiere und Pflanzen nicht erreichbar. Wir brauchen einen Paradigmenwechsel: Die unversiegelte Fläche sollte zur Norm und zum erklärten Ziel werden, die~~

~~versiegelte Fläche sollte eine Begründung benötigen. Auch sollte jede versiegelte Fläche eine Ausgleichsfläche bekommen. Damit soll keinesfalls der Wohnungsneubau verlangsamt oder gefährdet werden. Auch hier kann man kreative Wege finden, um der Natur mehr Raum zu geben: Auch Dächer und Fassaden von Häusern können begrünt werden. Ein weiterer großer Anteil der versiegelten Flächen sind die Straßen. Auch hier könnten die Mittelstreifen grün werden und zur Biodiversität beitragen. Für Tiere sind nämlich die Vernetzung und direkte Verbindung von Grün besonders wichtig.~~

~~Wir fordern:~~

- ~~••Mehr Mittel und Personal für das Berliner Grünflächenamt~~
- ~~••Öffentliche Unterstützung von lokalen Urban Gardening Initiativen~~
- ~~••Mehr Insektenfreundliche Pflanzen auf öffentlichen Flächen~~
- ~~••Förderung von Terra preta in den Berliner Grünflächenämtern~~
- ~~••Ein Berliner Baumpflanzprogramm~~
- ~~••Großflächige Entsiegelung, Ausgleichsflächen für Neubauten~~
- ~~••Häuser- und Fassadenbegrünung~~
- ~~••Mittelstreifen auf Straßen begrünen~~

Begründung

Ähnliche oder gleiche Forderungen wurden bereits mit dem Antrag "Fridays For Future gerecht werden - ökologische Stadtentwicklung umsetzen" auf der LMV am 10./11.05.19 beschlossen.

Die Forderung nach mehr Dach- und Fassadenbegrünung ist in der Forderung mit der Festsetzung weiterer Landschaftspläne i.V.m. dem Biotopflächenfaktor wiederzufinden.

Eine gänzliche Streichung ist aber trotzdem nicht zwingend erforderlich.

Ä8 By2020WeRiseUp - Klimagerechtigkeit jetzt!

Antragsteller*in: Michael Kern (GJ Steze)

Änderungsantrag zu A1

Von Zeile 358 bis 359 einfügen:

wichtig, möglichst insektenfreundliche Pflanzenarten und möglichst diverse Baumarten zu verwenden.

Zudem sollten diversere und hitzebeständigere Bodendecker im Straßenbegleitgrün angepflanzt werden, damit dort statt verdorrtem Gras ein fruchtbarer Lebensraum und Kohlenstoffspeicher entsteht. Um diese Biodiversität von Mikroorganismen zu schützen, sollte ebenfalls der Einsatz von Laubbläsern minimal genutzt werden.

Zudem muss das Fällen von Bäumen aus optischen oder "Faulheits"-Gründen auf privatem Grund verhindert werden, da insbesondere in Randgebieten und gut situierten Gebieten von Berlin das ausschließliche Anlegen von Rollrasen Mode geworden ist. Diese Bäume und Grünmasse bilden die grüne Lunge der Stadt, beeinflussen das Mikroklima erheblich, bilden Lebensraum für zahlreiche Tier- und Pflanzenarten, vermindern Geräuschemission erheblich und sind unbedingt schützenswert.

Ä1 Kapitalismuskritik

Antragsteller*in: Daniela Ehlers

Änderungsantrag zu A2

Von Zeile 1 bis 3 löschen:

Die Debatte um die Klimakrise führt uns von Neuem vor Augen, dass wirklicher Klimaschutz und eine ~~kapitalistische~~ Marktwirtschaft nicht miteinander vereinbar sind, denn dieses System läuft auf die Ausbeutung natürlicher Ressourcen durch

Von Zeile 14 bis 16 löschen:

gerechten Gesellschaft nach dem Leistungsprinzip. Vielmehr profitieren von der ~~kapitalistischen~~ Marktwirtschaft nur Menschen, die ohnehin über eine ausreichende Menge an sozialem und ökonomischen Kapital verfügen. So wird die

Von Zeile 39 bis 41 einfügen:

Die Grüne Jugend Berlin ist somit offen für andere, demokratische Wirtschafts- und Gesellschaftsformen, wie zum Beispiel den Sozialismus, die ein nachhaltiges und ökologisches Wirtschaften ermöglichen.

Ä1 Wasser darf keine Frage des Geldes sein.

Antragsteller*in: Alexander Kräß

Änderungsantrag zu A5

Von Zeile 24 bis 26:

öffentlichen Raum zu installieren. Zudem fördern Projekte, wie Refill Berlin ~~[3]~~^[1], bereits heute eine Abkehr vom Pfandflaschensystem hin zu einem komplett müllfreien Wasserkonsum auch im öffentlichen Raum. Die GRÜNE JUGEND begrüßt

Nach Zeile 48 einfügen:

^[1] <http://www.refill-berlin.de>

Ä1 Für eine neue, juristische Definition von Antisemitismus

Antragsteller*in: Daniela Ehlers

Änderungsantrag zu A6

Von Zeile 14 bis 15 einfügen:

Infragestellung des Existenzrecht des Staates Israel oder die Dämonisierung des jüdischen Staates, oder strukturellen Antisemitismus als solchen anerkennt.

Ä1 Umgang mit der Straßensexarbeit im Kurfürstenkiez - Sperrbezirke verhindern

Antragsteller*in: Milena Bachmann

Titel

Ändern in:

Verdrängung von Sexarbeit stoppen - Sperrbezirke im Kurfürstenkiez verhindern

Begründung

Ziel des Antrags ist klarer

Ä1 Delegierte zum Länderrat

Antragsteller*in: Daniela Ehlers

Änderungsantrag zu SÄA1

Von Zeile 5 bis 7 löschen:

(2) ~~Ein*e Delegierte*r muss dem Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Berlin angehören.~~ Höchstens die Hälfte der Delegierten darf dem Bundesvorstand der GRÜNEN JUGEND oder dem Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Berlin angehören.

Begründung

Der Landesverband hat sich explizit eine Ausnahmemöglichkeit in die Bundessatzung geschrieben, um unseren Basismitgliedern nicht zu verwehren sich auf alle Delegiertenplätze bewerben zu können. Dies sollten wir dann auch in unser eigenen Satzung umsetzen.